

Machtpokerim östlichen Mittelmeer

Günay, Cengiz; Radler, Carina

Veröffentlichungsversion / Published Version

Stellungnahme / comment

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Günay, C., & Radler, C. (2020). *Machtpokerim östlichen Mittelmeer*. (Kurzanalyse / Österreichisches Institut für Internationale Politik, 6). Wien: Österreichisches Institut für Internationale Politik (oiip). <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-71194-1>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Kurzanalyse

6 / Dezember 2020

oiip Österreichisches Institut
für Internationale Politik
Austrian Institute for
International Affairs

Machtpoker im östlichen Mittelmeer

Cengiz Günay und Carina Radler



Kurzanalyse verfasst im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung

Zusammenfassung

Das östliche Mittelmeer entwickelte sich zu einem Ort geopolitischer Rivalitäten. In den letzten Monaten drohten die Spannungen rund um die Frage der Exploration von Erdgasfunden am Boden des Meeres zwischen der Türkei und Griechenland zu eskalieren. An der Rohstoff-Frage entzündeten sich allerdings mehrere ungelöste regionale Konflikte. Im Zentrum dieser steht zurzeit die Türkei. Die Kurzanalyse zeigt die verschiedenen Konfliktsebenen auf, analysiert wo und wie sich die Positionen Griechenlands, Zyperns, und Frankreichs decken, und geht auf die Ambitionen und Motivationen der türkischen Regierung ein. Schließlich zeigt die Kurzanalyse noch mögliche Entwicklungen bzw. Auswege auf.

Keywords:

östliches Mittelmeer, Geopolitik, Erdgas, Türkei, Griechenland, Zypern, Frankreich

AutorInnen

Dr. Cengiz Günay ist stellvertretender wissenschaftlicher Direktor des oiip, Senior Researcher und Lektor an der Universität Wien. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören: Islamismus, politische Reform, Demokratisierung, Außenpolitik und die Rolle von nicht-staatlichen Akteuren. Sein regionaler Fokus liegt auf der Türkei, Ägypten und Tunesien.

Mag. Carina Radler, Studium der Rechtswissenschaften mit Schwerpunkt Völkerrecht und Internationale Beziehungen an der Karl-Franzens-Universität Graz, derzeit Masterstudium Public Policy and International Affairs an der American University of Beirut im Libanon. Sie ist Forschungsvolontärin am Österreichischen Institut für Internationale Politik im Bereich Europäische Nachbarschaftspolitik und Demokratieentwicklung.

Impressum:

Österreichisches Institut für Internationale Politik – oiip,
1090 Wien, Berggasse 7, www.oiip.ac.at, info@oiip.ac.at
Copyright © 2020

Eskalation im östlichen Mittelmeer

Das östliche Mittelmeer entwickelte sich im Jahr 2020 zu einem Ort geopolitischer Auseinandersetzungen. Am 12. August 2020 kam es zu einer Kollision eines türkischen Kriegsschiffs mit einer griechischen Fregatte. Die Spannungen zwischen den beiden Staaten rund um Gasbohrungen im Meer drohten zu eskalieren. Die Türkei akzeptiert die von Griechenland beanspruchte sogenannte maritime Ausschließliche Wirtschaftszone nicht und provoziert Athen, in dem sie immer wieder in diese Gewässer Forschungsschiffe, die von türkischen Kriegsschiffen eskortiert werden, entsendet.

In die türkisch – griechische Konfrontation schaltete sich auch Frankreich ein. Präsident Macron entsandte zur Unterstützung Griechenlands Militärschiffe und Kampfbomber in die Region. Die Sorge, dass der Streit zwischen den NATO-Staaten eskalieren könnte, alarmierte das Verteidigungsbündnis ebenso wie die EU. Die NATO versuchte zu vermitteln, die EU drohte der Türkei mit Sanktionen. Kurz vor dem EU-Gipfel des Europäischen Rates am 15. Oktober 2020 kam es zu einer Entspannung. Die Türkei zog plötzlich ihre Forschungs- und Kriegsschiffe aus den von Griechenland beanspruchten Gewässern ab. Griechenland willigte daraufhin ein, den bilateralen Dialog im Rahmen der ausgesetzten Explorationsgespräche wieder aufzunehmen. Diese wurden seitdem immer wieder unterbrochen. Keine der Konfliktparteien rückt von ihren Forderungen und Ansprüchen ab. Seit August 2020 wurden von

den konkurrierenden Parteien im östlichen Mittelmeer mehrere Seemanöver abgehalten. Während Griechenland, Zypern, Italien und Frankreich Ende August ein gemeinsames Seemanöver durchführten, hielt die Türkei im September im türkisch besetzten Norden Zyperns Militärübungen ab. Im November 2020 folgte ein gemeinsames Seemanöver Griechenlands, Zyperns und Ägyptens.

Die vorliegende Kurzanalyse erörtert die Hintergründe der Konflikte um maritime Souveränitätsrechte und die Strategie hinter den türkischen Provokationen. Sie behandelt außerdem die Auswirkungen auf EU und NATO und zeigt auf, welche Schritte für die Beilegung der Krise bzw. eine nachhaltige Deeskalation notwendig sind.

Gasfunde in einer konfliktgeladenen Region

Die Region des östlichen Mittelmeers ist von mehreren Konflikten um Souveränität, Identität, Sicherheit und regionale Vorherrschaft gekennzeichnet. Dazu gehören neben dem ungelösten Konflikt über die Frage der maritimen Grenzziehung und der Ausschließlichen Wirtschaftszonen zwischen Griechenland und der Türkei, der Zypernkonflikt, der israelisch-palästinensische und der israelisch-libanesischen Konflikt, der Bürgerkrieg in Syrien sowie jener in Libyen. Vor diesem Hintergrund schien die

Entdeckung von immensen Erdgasfunden am Boden des Mittelmeeres im Jahr 2009 zunächst für eine an Konflikten reiche, aber an Ressourcen arme Region, eine Chance auf Kooperation und Wohlstand zu bieten.

Israel, vor dessen Küste die ersten Erdgasfelder entdeckt worden waren, trat relativ bald in Gespräche mit Zypern und Ägypten um die Festlegung der Explorationen ein. Israel fördert inzwischen bereits aus den vor der Küste Haifas liegenden Gasfeldern Leviathan, Tamar und Dalit und ist dadurch seit 2013 unabhängig von Erdgasimporten. Die bislang größten Vorkommen in der Region wurden 2015 im Gasfeld Zohr, das ca. 200 km vor der Küste Ägyptens liegt, entdeckt. Ägyptens Gasreserven verdoppelten sich durch den Fund und das Land hat das Potenzial, sich zu einer Drehscheibe für Erdgas in der Region zu entwickeln.

Auch im Süden Zyperns werden große Gasfelder vermutet. Eines der wichtigsten vor Zypern ist das im Jahr 2011 entdeckte Gasfeld Aphrodite. Inzwischen konzentrieren sich die Bohrungen vor Zypern auf weiter westlich gelegene Bereiche im Meer.

Beinahe alle entdeckten Gasfelder befinden sich in den von den einzelnen Anrainerstaaten beanspruchten maritimen Ausschließlichen Wirtschaftszonen (AWZ) und in einigen Fällen – wie im Beispiel des Libanons und Israels oder auch Israels und Zyperns - sogar an deren äußersten Rändern. Ausschließliche Wirtschaft-

zonen sind laut internationalem Seerechtsübereinkommen UNCLOS (United Nations Convention on the Law of the Sea) Bereiche im Meer, die ein Anrainerstaat zusätzlich zu den Hoheitsgewässern bis zu 200 Seemeilen vor seiner Küste beanspruchen kann. In dieser AWZ kann der Küstenstaat in eingeschränktem Ausmaß Souveränitätsrechte ausüben und das Gebiet wirtschaftlich ausbeuten. Dies bezieht sich auf Fischereirechte ebenso wie auf Windparks oder Öl- und Gasförderanlagen (Art 56 Abs 1 lit a UNCLOS). In vielen Bereichen des Mittelmeeres treffen die Ansprüche der einzelnen Staaten auf den Verlauf der AWZ aufeinander bzw. überlappen sie sich. Von insgesamt 13 bestehenden bilateralen Seegrenzen im östlichen Mittelmeer sind nur drei durch Verträge festgelegt worden, darunter die Seegrenzen zwischen Israel und Zypern (2010) und Ägypten und Zypern (2003) (Baroudi 2020). Darüber hinaus unterzeichnete Ägypten mit Griechenland im August 2020 ein Abkommen über die AWZ (Politico 06-08-2020). Seit Oktober 2020 laufen Verhandlungen zwischen Ägypten und der palästinensischen Autonomiebehörde (Middle East Monitor 29-10-2020) und die USA agieren als Mediatorin in einer weiteren Runde maritimer Grenzverhandlungen zwischen dem Libanon und Israel (The Times of Israel 30-11-2020).

Zypern, Israel, Ägypten und Griechenland haben sich zudem auf eine Kooperation bei der Förderung und beim möglichen Export des Erdgases im östlichen Mittelmeer geeinigt. Ein

wichtiges Prestigeprojekt in diesem Zusammenhang ist die Eastern Mediterranean (East-Med) Pipeline. Die EastMed Pipeline soll das aus dem levantinischen Becken geförderte Erdgas über Zypern und Griechenland bzw. Italien in den EU-Markt exportieren.

Mit veranschlagten Kosten von sechs bis sieben Milliarden US-Dollar (DW 02-01-2020) ist die EastMed Pipeline angesichts der generell niedrigen Erdgaspreise, der Folgen der Covid-19-Krise und des von der EU eingeleiteten Green Deals allerdings aus heutiger Sicht kaum rentabel. Aufgrund der teuren Exploration und der Kosten für den Pipelinebau würde der Preis für das Gas aus dem östlichen Mittelmeer zu hoch sein, und könnte kaum mit den wesentlich günstigeren Importen aus Russland sowie LNG (Liquefied Natural Gas) aus den USA konkurrieren. Somit sind die Erdgasfunde im östlichen Mittelmeer vornehmlich für den regionalen Energiemarkt bzw. die Versorgung der einzelnen Anrainerstaaten von Bedeutung.

Im Jänner 2020 gründeten daher Israel, Ägypten, Zypern und Griechenland unter Einbeziehung Jordaniens und der palästinensischen Autonomiebehörde sowie Italiens zum Zweck der Koordinierung der Gasexploration das EastMed Gas Forum, eine multilaterale Organisation mit Sitz in Kairo (Mitchell 2019). Während Frankreich und die USA um Mitgliedschaft angesucht

haben, wurden die Türkei und der Libanon explizit nicht zu einer Mitgliedschaft eingeladen. Somit ist das EastMed Gas Forum mehr eine politische Plattform, denn ein ökonomischer Zusammenschluss, bei dem es auch oder vornehmlich um den Umgang mit der Türkei und ihren Ansprüchen auf das östliche Mittelmeer geht. Einige BeobachterInnen weisen darauf hin, dass die Erhebung des EastMed Gas Forum zu einer internationalen Organisation einen Schlag für Erdogan's Bestrebungen im östlichen Mittelmeer darstellt (The Arab Weekly, 23-09-2020).

Die Frage der maritimen Souveränität

Die ungeklärte maritime Grenzziehung zwischen Griechenland und der Türkei führte bereits mehrfach zu Krisen. An der Frage, zu welchem der beiden Länder unbewohnte kleine Inseln in der Ägäis gehören, entzündeten sich immer wieder Konflikte. Im Winter 1995/96 eskalierte der Streit um die Zugehörigkeit der unbewohnten Insel Imia (türkisch: Kardak) beinahe zu einem militärischen Konflikt zwischen den beiden NATO-Partnern. Damals konnte eine Konfrontation durch das Eingreifen der USA abgewendet werden¹.

¹ Danach änderte sich die Türkei-Strategie der griechischen Regierung. Unter Premierminister Simitis gab Athen ab 1998 langsam seine ablehnende Haltung gegenüber einem Beitritt der Türkei zur EU

auf. Die Hoffnung war, die Streitfragen mit der Türkei im Zuge eines EU-Beitrittsprozesses nicht nur besser lösen zu können, sondern diese auch auf eine gemeinsame EU-Ebene zu heben.

Weiterhin ist die im Jahr 1995 vom türkischen Parlament verabschiedete Resolution, die eine einseitige Ausweitung Griechenlands seiner Hoheitsgewässer auf 12 Meilen zu einem Kriegsgrund erklärt, aufrecht (DW 29-08-2020). Die Türkei fürchtet, dass dies, aufgrund der vielen, der türkischen Küste vorgelagerten griechischen Inseln, die Ägäis zu einem griechischen Binnenmeer machen und der Türkei kaum Zugang zu internationalen Gewässern lassen würde.

Im aktuellen Konflikt mit Griechenland spielt allerdings, mehr als die Frage der Hoheitsgewässer, die Frage der AWZs eine Rolle. Griechenland bezieht sich in seinem Anspruch auf die AWZ im östlichen Mittelmeer auf die UN-Seerechtskonvention. Streitpunkt ist das Dreieck zwischen Zypern im Osten, der griechischen Insel Kreta im Westen und der Türkei im Norden. Hier überlagern sich die von diesen drei Staaten gestellten Ansprüche auf AWZ. Während Griechenland seinen Anspruch auf eine AWZ im östlichen Mittelmeer auf die dem türkischen Ort Kaş nur 2 km vorgelagerte Insel Kastelorizo bezieht, steht die Türkei auf dem Standpunkt, dass die relativ kleine Insel (es leben nur wenige hundert Menschen auf der Insel) nicht den türkischen Anspruch auf den anatolischen Festlandsockel im Mittelmeer einschränken kann. Laut Seerechtsübereinkommen ist neben der AWZ auch die Definition des Festlandsockels für die Beanspruchung von Energievorkommen

am Meeresboden von Bedeutung. Kann ein Staat wissenschaftlich belegen, dass sein Festlandsockel geologisch weiter als über 200 Seemeilen hinausreicht, ist er laut UNCLOS berechtigt, auch die Ausbeutung von Bodenschätzen über die AWZ hinaus geltend zu machen. Dies bezieht sich allerdings nur auf den Meeresboden und hat keine Auswirkungen auf die Gewässer, die darüber liegen (Art 78 UNCLOS).

Die Türkei erkennt deshalb die AWZ Griechenlands und Zyperns, die auf bilaterale Abkommen zwischen Griechenland, Zypern und Ägypten basieren, nicht an. Sie entsendet deshalb, um ihren eigenen Anspruch auf diese Gebiete zu manifestieren, Forschungsschiffe in diese Bereiche des Meeres.

Erschwerend in diesem Zusammenhang ist neben dem Umstand, dass die Türkei UNCLOS nicht beigetreten ist. Das hat zur Folge, dass das obligatorische Streitbeilegungsverfahren nicht zur Anwendung kommt². Wenn eine Übereinkunft zwischen zwei Staaten nicht möglich ist, verpflichtet UNCLOS die beiden Parteien zu einem verbindlichen Streitbeilegungsverfahren durch internationale Rechtsprechungsinstanzen wie den Internationalen Seegerichtshof, den Internationalen Gerichtshof oder ein sonstiges Schiedsgericht³ (Baroudi 2020).

² Artt 74 Abs 2 und 83 Abs 2 UNCLOS

³ z.B. Seeabgrenzungsstreit zwischen Katar und Bahrain, IGH 2001; Seeabgrenzungsstreit zwischen

Bangladesh und Myanmar, Int. Seegerichtshof 2012

Allerdings ist auch UNCLOS ein eher allgemeines Regelwerk. UNCLOS bietet keinen Mechanismus zur Definition der Grenzziehung. Wenn maritime Grenzverläufe nicht geklärt sind, kommt es daher, insbesondere bei Binnenmeeren wie dem Mittelmeer, oftmals zu Überschneidungen bei den Ansprüchen der einzelnen Küstenstaaten.

Da nicht alle Staaten der Konvention beigetreten sind, müssen konkurrierende Ansprüche auf bilateraler Ebene geklärt werden (Binder 2017). Bei schlechten bilateralen Beziehungen ist dies bei fehlender Vermittlung durch eine dritte Partei allerdings kaum möglich.

Die Parteien versuchen deshalb, Tatsachen zu schaffen, und ihre Ansprüche einzuzementieren, um eine bessere Verhandlungsposition zu schaffen.

Als ein Beispiel gilt in diesem Zusammenhang das Abkommen, das die türkische Regierung überraschend mit der in Tripolis ansässigen und in Bedrängnis geratenen international anerkannten libyschen Regierung rund um Premierminister Sarraj abgeschlossen hat. Das Abkommen beinhaltet eine Einigung auf die gegenseitige Begrenzung der libyschen und türkischen AWZ im östlichen Mittelmeer. Es ignoriert nicht nur die Ansprüche Griechenlands hinsichtlich ihrer AWZ, sondern es stellt auch eine Maximalauslegung des anatolischen Festlandssockels dar.

Überlagert wird der griechisch-türkische Konflikt zusätzlich durch die Migrationsfrage. Dies

verkompliziert eine Lösung noch weiter. Einerseits fährt hier die rechts-konservative griechische Regierung eine härtere Migrationsstrategie, die von einer Militarisierung der Grenze und Push-Backs von Flüchtlingen in die Türkei gekennzeichnet ist. Andererseits setzte Präsident Erdoğan im März 2020 überraschend, um Druck auf die EU auszuüben, Flüchtlinge in Richtung Griechenland in Bewegung, was wiederum zu einem Flüchtlingsdrama an der griechisch-türkischen Grenze führte.

Eine weitere Ebene des Souveränitätskonflikts stellt die ungelöste Zypernfrage dar. Seit 1974, dem Jahr der türkischen Invasion, ist die Insel in einen griechischen und einen türkischen Teil geteilt. Die im Norden der Insel ausgerufene türkische Republik Nordzypern (TRNZ) wird nur von der Türkei anerkannt und ist international isoliert. Nordzypern ist deshalb wirtschaftlich vollständig von Ankaras Unterstützung abhängig.

Die zypriotische Regierung gilt als die international anerkannte Regierung und vertritt die Souveränität der gesamten Insel. Allerdings hat sie keine Durchgriffsmöglichkeiten auf den türkisch besetzten Teil. Die zypriotische Regierung hat für die von ihr beanspruchte AWZ Bohrungslizenzen an die internationalen Energiekonzerne Noble Energy (USA), Shell

(Großbritannien/Niederlande) und Delek (Israel) erteilt.⁴

Während die Türkei nicht nur die von Zypern beanspruchte AWZ nicht anerkennt, billigt sie auch nicht die von der zypriotischen Regierung vergebenen Bohrungs- und Förderungslizenzen. Sie führt dabei auch die Rechte der türkischen Zyprioten an den Gaseinkünften ins Vordergrund.

Jüngst setzte Ankara im Zusammenhang mit dem Gasstreit auch im Zypernkonflikt auf Eskalation. Als Retourkutsche für den Streit um Souveränitätsrechte im Mittelmeer erklärte der neu gewählte Präsident der türkischen Republik Nordzypern, der auf die Unterstützung Präsident Erdogans zählen kann, die bislang abgeriegelte Militärzone, den ehemaligen griechisch bewohnten Küstenort Varosha, zu einem Teil des Staatsgebiets der türkischen Republik Nordzypern. Daraufhin wurde Varosha für BesucherInnen aus der TRNZ geöffnet. Am 15. November 2020 besuchte auch Präsident Erdoğan Varosha, in Begleitung seines informellen Koalitionspartners Devlet Bahçeli, dem Parteichef der ultranationalistischen MHP (Seufert 2020). Der Einfluss nationalistischer Kreise begünstigt eine nationalistische Rhetorik und eine Militarisierung der türkischen Außenpolitik.

Frankreichs Ambitionen

Auch Frankreich engagiert sich in den letzten Jahren verstärkt militärisch in der Region. Präsident Macron positionierte sich rasch im eskalierenden Streit um Souveränitätsrechte auf Seiten Griechenlands und Zyperns und deutete, wenn nötig, militärische Unterstützung an. Präsident Macron entwickelte sich zu einem Frontmann gegen türkische Ambitionen in der Region. Im September 2020 lud Emmanuel Macron südliche EU-Mitgliedsstaaten zur Koordinierung in der Rohstoff-Frage nach Korsika ein. Im Vorfeld erklärte Präsident Macron „Unsere roten Linien sind einfach der Respekt vor der Souveränität eines jeden europäischen Mitgliedstaates, die Achtung des Völkerrechts“ (Kurier 10-09-2020). Frankreich drängte auch auf dem EU-Ratsgipfel gemeinsam mit Griechenland und Zypern darauf, harte Sanktionen gegen die Türkei zu beschließen.

Frankreichs aktives Engagement im Konflikt hängt vor allem mit einer unter Präsident Macron eingeleiteten aktiveren Regionalpolitik zusammen. Präsident Macron strebt, angesichts des weitgehenden Rückzugs der USA aus dem Nahen Osten, eine führende Rolle für Frankreich in der Region an. Zum einen versucht Paris im und über den Libanon seinen his-

⁴ Die Konzessionen für die Exploration und die darauffolgende Förderung von Erdgas und Erdöl vergeben jene Staaten, in deren Küstengewässern

bzw. der von ihnen beanspruchten AWZ sich diese vollziehen.

torischen Einfluss in der Levante zurückzugewinnen und zum anderen engagiert sich Frankreich aktiv in Libyen.

Im Gegensatz zu den übrigen EU-Staaten nimmt Paris im Libyen-Konflikt auch Partei für General Haftar, der die Rebellentruppen gegen die international anerkannte Regierung in Tripolis anführt. Zu deren Gunsten brachte sich wiederum die Türkei ein. Auch aufgrund des türkischen Engagements auf der einen und des französischen bzw. ägyptischen Engagements auf der anderen Seite in Libyen tun sich neue Konfliktpotenziale auf. So wurden bereits mehrfach türkische Frachter von der EU-Mission Irini, die den UN-Waffenboykott über Libyen überwacht, aufgehalten. Die Türkei wirft Frankreich wiederum vor, bei Waffenlieferungen an die Truppen General Haftars über den Landweg zuzuschauen, um nicht zu sagen, diese zu begünstigen.

Die aktivere Politik gegenüber der Region östliches Mittelmeer ist auch mit handfesten wirtschaftlichen Interessen verbunden. Der französische Energiekonzern Total konnte sich in den von Griechenland und von Zypern beanspruchten AWZ Bohrkonzessionen sichern. Außerdem ist Total auch in Libyen involviert. Im Gegenzug für die Unterstützung Frankreichs orderte die griechische Regierung 18 Rafale Kampffjets (La Tribune 06-10-2020).

Das französische Engagement in der Region kreuzt sich nicht nur zwangsläufig mit den regionalen Ambitionen Präsident Erdogans,

sondern es unterwandert auch eine gemeinsame EU-Nachbarschafts- und Regionalpolitik bzw. die Schlagkraft des Verteidigungsbündnisses der NATO. Die zum Großteil selbst verschuldete Isolation der Türkei führt zu immer eigenwilligeren politischen Handlungen, die auch vor militärischen Provokationen nicht zurückschrecken. Die türkische Regierung und ihre BeraterInnen glauben sich in einem geopolitischen Machtpoker an die Wand gedrängt. Aus ihrer Sicht muss die Türkei rasch Schritte setzen, um nicht als Verlierer dazustehen.

***Mavi Vatan* und die Isolation der Türkei**

Hinsichtlich der Militarisierung der Ansprüche auf maritime Zonen spielt die sogenannte *Mavi Vatan* (Blaue Heimat) Strategie eine wesentliche Rolle. Diese geht auf nationalistische, NATO-kritische Kreise innerhalb der Streitkräfte zurück. Diese haben infolge der „Säuberungen“ nach dem gescheiterten Putschversuch im Juli 2016 an Einfluss gewonnen. *Mavi Vatan* sieht eine wesentlich aktivere und auf militärische Schlagkraft basierte Regionalpolitik vor. Der Strategie liegt die These zugrunde, dass die Türkei in der Region isoliert und von feindlich gesinnten Kräften umzingelt ist. Demnach ist auch den westlichen Verbündeten und internationalen Organisationen, die von diesen

dominiert werden und ihre Interessen verteidigen, nicht zu trauen. Die Türkei stehe in einem ungezügelter geopolitischer Wettkampf um Ressourcen alleine da. Um die eigenen Interessen wahren zu können, könne man nicht auf Diplomatie und Verhandlungen hoffen. Stattdessen müsse die Türkei auf Stärke und Unabhängigkeit setzen. Zu einer unabhängigen militärischen Außenpolitik und der Durchsetzung der eigenen Interessen gehört demnach der Aufbau einer türkischen Militärindustrie sowie auch militärische Operationen jenseits der eigenen Grenzen (Hürriyet 11-08-2020). Die türkische Militärindustrie erzeugt bereits mehrere Kriegsschiffe und U-Boote. 2019 wurde der erste kleinere Flugzeugträger fertiggestellt. Im August 2020 kündigte Präsident Erdogan angesichts eines internationalen Wettlaufs den Bau von zwei weiteren Flugzeugträgern an (Milliyet 23-08-2020).

Die Wahrnehmung einer Umzingelung wird durch die wachsende Isolation der Türkei auf regionaler und internationaler Ebene verstärkt. Eine prononciert pro-islamische, identitätsbasierte türkische Außenpolitik hat in den letzten Jahren zu mehrfachen Konflikten mit Partnern und Nachbarn geführt. Im Nahen Osten setzte die türkische Außenpolitik nach dem Arabischen Frühling vor allem auf die Muslimbruderschaft. Mit den Entwicklungen in Syrien, insbesondere aber dem Sturz von Präsident Mursi in Ägypten, geriet diese Strategie in eine Krise. Die Beziehungen mit Präsident Abd al Fattah Sisi sind aufgrund des Umstandes, dass Ankara

führenden Muslimbrüdern in der Türkei Asyl bot, weitgehend unterkühlt. Die Unterstützung für die Muslimbruderschaft führte auch zu einem Bruch mit Saudi Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten. Anstatt sich zu einer regionalen Macht und einem Vorbild und Mentor für moderat islamische Bewegungen zu entwickeln, ist die Türkei im Nahen Osten heute weitgehend isoliert.

Auch die Beziehungen mit Israel sind seit längerem belastet. Präsident Erdoğan bekundet nicht nur seine Sympathien für die Hamas, er bezichtigt Israel immer wieder auch aufgrund des Vorgehens in Gaza des Staatsterrorismus. Immer wieder kam es deshalb zu verbalen Eskalationen. Die einst gute militärische Zusammenarbeit ist weitgehend ausgesetzt.

Getrübt ist seit einiger Zeit auch das Verhältnis mit der EU und einzelnen Mitgliedsstaaten. Präsident Erdoğan sieht sich nicht nur gerne als der Verteidiger der Rechte von bedrängten Muslimbrüdern im Nahen Osten, sondern auch als Fürsprecher und Wahrer der Rechte von türkischen MigrantInnen und anderen MuslimInnen in Europa. Er scheute nicht davor zurück, immer wieder europäische PolitikerInnen offen anzugreifen und des Rassismus zu bezichtigen. Einen neuen Höhepunkt erreichte eine Polemik rund um Islamophobie und Rassismus in Europa mit den Aussagen des französischen Präsidenten Macron in Folge der Enthauptung eines Lehrers, weil er im Unterricht die umstrittene Mohammed Karikatur des Satire-Magazins Charlie Hebdo gezeigt hatte. Macron hatte

die Tat zum Anlass genommen, um eine Krise im Islam zu konstatieren. Erdoğan reagierte empört darauf und nutzte die Gelegenheit, sich zum Sprachrohr einer transnationalen islamischen Gemeinschaft aufzuschwingen. Dabei mobilisiert Erdoğan nicht nur Ressentiments in der Türkei geschickt, sondern er bespielt auch die Rolle von MuslimInnen als Opfer eines auf seinen eigenen Vorteil bedachten und rücksichtslosen, anti-muslimischen Westens. Dies führte auch zu einem Boykott französischer Waren quer durch die islamische Welt.

Die verbalen Auseinandersetzung zwischen Erdoğan und Macron sowie der Boykott französischer Waren fanden vor dem Hintergrund militärischer und wirtschaftlicher Spannungen im östlichen Mittelmeer statt.

Deeskalation mithilfe der Mediation durch Dritte?

In Anbetracht der komplizierten politischen Verstrickungen sind Gespräche über eine mögliche Deeskalation und zur weiteren Konfliktlösung im östlichen Mittelmeer unter Einbeziehung Dritter naheliegend. Fraglich ist, welcher Akteur hier eine ausreichend unparteiische Stellung einnimmt und von der Türkei bzw. den übrigen beteiligten Parteien akzeptiert wird.

Griechenland und die Türkei zeigten sich bereit, Gespräche über die NATO, der sie beide angehören, aufzunehmen. Am 1. Oktober 2020

wurde ein bilateraler militärischer Konfliktmechanismus eingerichtet, der das Risiko von Zwischenfällen im östlichen Mittelmeer verringern soll (NATO 01-10-2020). Allerdings weigert sich Griechenland bereits seit dem 9. Oktober 2020 an den NATO-geführten Sitzungen zur Deeskalation teilzunehmen (Daily Sabah 07-12-2020). Griechenland versucht stattdessen, unterstützt durch Zypern und Frankreich, sowie auch in einem eingeschränkten Ausmaß durch Österreich, die EU zu einer härteren Vorgehensweise gegen die Türkei zu bewegen. Dazu gehören neben Forderungen nach Sanktionen, auch um der türkischen Wirtschaft Schaden zuzufügen, die Aussetzung der Zollunion mit der Türkei bzw. ein Waffenembargo. Allerdings gibt es dazu in der EU keine Einigkeit. Deutschland, Italien, Spanien und Polen sowie auch andere EU- und NATO Mitglieder stellen sich strikt gegen umfassende Sanktionen und ein Waffenembargo gegen ein weiteres NATO-Mitglied (BBC 10-12-2020).

Die deutsche Ratspräsidentschaft verfolgte seit Sommer 2020 eine Politik der Vermittlung im eskalierenden Streit zwischen der Türkei und Griechenland. Dabei mag auch die Sorge um die einseitige Aufkündigung des EU-Türkei Deals hinsichtlich der Regelung der Migration eine Rolle spielen. Berlin's besonnenes Handeln machte Deutschland in den Augen Ankaras zu einem potenziellen Vermittler in der Sache. Hier spielt auch das Gewicht Deutschlands in der EU und NATO eine wichtige Rolle. Es ist

somit fraglich, ob auch die folgende portugiesische Ratspräsidentschaft eine ähnliche Funktion wird einnehmen können. Die griechische Regierung ist wiederum von der deutschen Zurückhaltung enttäuscht und vertiefte Beziehungen mit Ägypten, Israel und den Vereinigten Arabischen Emiraten, die ebenso in Konflikt mit der Türkei stehen.

Der EU-Rat der Staats- und Regierungschefs vom 10. Dezember 2020 hielt die Drohungen gegen die Türkei aufrecht und forderte sie zu Deeskalation auf. Allerdings wurde eine weitere Verschärfung der Vorgehensweise auf die Zeit nach der Inauguration Joe Bidens verschoben.

Eine einheitliche Position innerhalb der EU gegenüber der Türkei würde zunehmende Feindseligkeiten besänftigen und die Nachbarschaftspolitik mit der Türkei stärken. Im Hinblick auf das hohe Konfliktpotenzial zwischen der EU und der Türkei sollte Österreich den Dialog zwischen den Anrainerstaaten unterstützen und sich gegen eine komplette Ablehnung der Türkei aussprechen. Diese Ablehnung drängt die Türkei nur weiter in die Ecke und lässt sie in ihrer Außenseiterposition zurück.

Auch wenn es während der Trump-Administration immer wieder Spannungen zwischen Ankara und Washington gab⁵, zogen sich unter Trump die USA weitgehend von der Region und einer normativen Politik zurück. Präsident

Trump kritisierte weder autokratische Tendenzen in der Türkei noch die Militarisierung in der Region. Es ist zu erwarten, dass sich die USA unter dem zukünftigen Präsidenten Biden stärker einbringen wird. Insbesondere ist eine härtere Haltung gegenüber Präsident Erdogans Innenpolitik und seinen außenpolitischen Alleingängen zu erwarten (Ahval 07-12-2020). Allerdings wird die zukünftige Biden-Administration darauf bedacht sein, das NATO-Bündnis nicht weiter zu zerrütten.

Zu hoffen ist, dass sich die Idee einer internationalen Konferenz, die alle Anrainerstaaten des östlichen Mittelmeeres einbindet und eine Lösung der vielen Konflikte um Souveränität anstrebt, durchsetzt. Diese Kooperation sollte und muss die Türkei miteinbeziehen. Provokationen von türkischer Seite zielen darauf ab, die Türkei nicht außer Acht zu lassen und sich für Verhandlungen zu positionieren. Tatsächlich muss einer der größten Anrainerstaaten in eine nachhaltige Lösung des Konfliktes eingebunden werden. Dazu müssen allerdings die Türkei ebenso wie Griechenland von ihren Maximalforderungen hinsichtlich der AWZ abgehen. Eine Lösung der Spannungen um die maritimen Zonen bzw. Gasexploration könnte auch positive Auswirkungen auf andere Konfliktebenen haben. So besteht weiterhin Hoffnung, dass es auch in der Zypernfrage zu einer Lösung kommen kann. Ein Anzeichen dafür, dass es hierfür Spielraum gibt, bieten die Gespräche in Crans

⁵ Zuletzt hob Washington im September 2020 das seit 1987 gültige Waffenembargo gegenüber der Republik Zypern, das eine Wiedervereinigung hätte

begünstigen sollen, sehr zum Ärger Ankaras auf (Reuters 15-09-2020).

Montana in der Schweiz, die kurz vor einem Durchbruch an der Frage der Stationierung türkischer Truppen auf der Insel scheiterten (Reuters 07-07-2017).

Österreich könnte bei der Ausrichtung einer Konferenz zum östlichen Mittelmeer ebenso eine tragende Rolle als Gastgeber spielen, wie auch als Vermittler bzw. Gastgeber bei eventuellen zukünftigen Gesprächen zur Lösung des Zypernkonflikts.

Quellen:

Ahval (07-12-2020), Biden set to play hardball with Turkey's Erdoğan - Ömer Taşpınar (online) (Zugriff: 10-12-2020).

Baroudi, R. (2020), Unlocking Peace and Prosperity: How to resolve maritime border disputes in the Eastern Mediterranean Sea? (online) https://www.aub.edu.lb/ifi/Documents/publications/research_reports/2019-2020/20200330_unlocking_peace_and_prosperity.pdf (Zugriff: 09-12-2020)

BBC (10-12-2020), AB, Türkiye'ye yaptırım konusunda denge arayışında, kesin tavır için Biden'ı bekliyor (online) <https://www.bbc.com/turkce/haberler-dunya-55254616> (Zugriff: 10-12-2020).

Daily Sabah (07-12-2020) Turkey in favor of East Med dialogue, Erdoğan says (online)

<https://www.dailysabah.com/politics/eu-affairs/turkey-in-favor-of-east-med-dialogue-erdogan-says> (Zugriff 09-12-2020)

DW (29-08-2020), Türkiye için "12 mil" savaş sebebi (online) <https://www.dw.com/tr/türkiye-için-12-mil-savaş-sebebi/a-54754565> (Zugriff: 30-11-2020)

DW (02-01-2020), EastMed gas pipeline flowing full of troubling questions (online)

<https://www.dw.com/en/eastmed-gas-pipeline-flowing-full-of-troubling-questions/a-51871424> (Zugriff: 09-12-2020)

Euractiv (26-10-2020), Gas fields and tensions in the Eastern Mediterranean (online) <https://www.euractiv.com/section/energy-environment/news/gas-fields-and-tensions-in-the-eastern-mediterranean/> (Zugriff: 27-11-2020).

Hürriyet (11-08-2020), Mavi Vatan ne demek? Mavi Vatan nedir? İşte Mavi Vatan'ın ortaya çıkışıyla ilgili bilgiler (online) <https://www.hurriyet.com.tr/galeri-mavi-vatan-ne-demek-mavi-vatan-nedir-iste-mavi-vatanin-ortaya-cikisiyla-ilgili-bilgiler-41609060/2> (Zugriff: 08-12-2020).

Kurier (10-09-2020), Südstaaten-Treffen: Macron gibt im Gasstreit mit Erdogan Gas (online) <https://kurier.at/politik/ausland/suedstaaten-treffen-macron-gibt-im-gasstreit-mit-erdogan-gas/401027003> (Zugriff 09-12-2020)

La Tribune (06-10-2020), Pourquoi l'intervention de la France en Méditerranée orientale a été nécessaire (online) <https://www.latribune.fr/opinions/pourquoi-l-intervention-de-la-france-en-mediterranee-orientale-a-ete-necessaire-858828.html> (Zugriff: 12-10-2020)

Milliyet (23-08-2020), Son dakika... Cumhurbaşkanı Erdoğan: Gelin ikinci, üçüncü uçak gemilerini de inşa edelim (online) <https://www.milliyet.com.tr/siyaset/son-dakika-cumhurbaskani-erdogan-gelin-ikinci-ucuncu-ucak-gemilerini-de-insa-edelim-6288365> (Zugriff: 10-12-2020)

NATO Newsroom (01-10-2020) Military de-confliction mechanism between Greece and Turkey established at NATO(online) https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_178523.htm (Zugriff: 01-12-2020).

Middle East Monitor (29-10-2020) Egypt agrees to discuss maritime borders with PA (online)

<https://www.middleeastmonitor.com/20201029-egypt-agrees-to-discuss-maritime-borders-with-pa/>
(Zugriff: 07-12-2020)

Politico (06-08-2020) Greece signs maritime border deal with Egypt amid spat with Turkey (online)
<https://www.politico.eu/article/greece-signs-maritime-border-deal-with-egypt-amid-spat-with-turkey/> (Zugriff: 07-12-2020)

Reuters (15-09-2020), U.S. to lift 33-year arms embargo on Cyprus, angering Turkey (online)
<https://www.reuters.com/article/usa-cyprus-turkey-int-idUSKBN25S65D> (Zugriff: 03-12-2020)

Reuters (07-07-2017), Cyprus reunification talks collapse, U.N. chief 'very sorry' (online)
<https://www.reuters.com/article/us-cyprus-conflict-idUSKBN19S02I> (Zugriff: 30-11-2020).

Seufert, Günter (2020), Ankara traut der EU keine Sanktionen zu, SWP Aktuell, Nr. 95

The Arab Weekly (23-09-2020), East Med Gas Forum turns into regional organisation, in blow to Turkey (online) <https://thearabweekly.com/east-med-gas-forum-turns-regional-organisation-blow-turkey> (Zugriff: 11-12-2020)

UNCLOS (United Nations Convention on the Law of the Sea) (online)
https://www.un.org/depts/los/convention_agreements/texts/unclos/unclos_e.pdf (Zugriff: 30-11-2020).